

KOMMENTAR



Holger Knöferl
PZ-Redakteur, zu:

Rücktrittsforderungen gegen FDP-Chef Westerwelle

Es muss in den Wochen vor dem 27. September 2009 gewesen sein, dem Termin der jüngsten Bundestagswahl. Da haben die Menschen in diesem Land gedacht: Jawohl, Guido Westerwelle ist jetzt erwachsen. Er ist endgültig nicht mehr der Spaßpolitiker, der Stippvisiten macht im „Big Brother-Container“, der mit dem quietschgelben „Guidomobil“ durch die Republik tourt wie ein liberaler Wanderprediger. Also ließen die Wähler den Traum vom lange viel belächelten „Projekt 18“ der FDP beinahe wahr werden. Mit gut 15 Prozent auf der Haben-Seite kürten sie Guido Westerwelle zum Außenminister und Vizekanzler. Und – wie wir heute wissen – zum Sorgenkind von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Schluss mit der One-Man-Show

Wäre morgen Bundestagswahl, die FDP läge Umfragen zu Folge bei etwa fünf Prozent – und müsste nicht einmal ganz ein Jahr nach ihrem großen Triumph um den Einzug in den Bundestag zittern. Der Schuldfrage für die Misere ist längst ausgemacht – innerhalb und außerhalb der Partei: Es ist der Chef, es ist Guido Westerwelle. Von ihm hat man den Eindruck gewonnen, dass er weder das Format hat, seine Regierungssämter auszufüllen, noch die Durchsetzungskraft, die FDP von der Klientelpartei für Besserverdienende hin zu einer breit aufgestellten Regierungspartei zu entwickeln.

Westerwelle ist einer von der Sorte, denen man immer alles zutraut: „Der packt das schon!“ So hat er Karriere gemacht, brachte es erst zum Parteivorsitzenden und schließlich zum stellvertretenden Regierungschef. Sein Weg an die Spitze – eine Erfolgsstory, die auf die gesamte Partei ausstrahlte. In Westerwelles Windschatten war so in der Vergangenheit immer noch gut segeln – zurück in Landtage, in attraktive politische Ämter. Der persönlichen Eitelkeit des Parteivorsitzenden wird das geschmeichelt haben. Jedoch: Genau an diesem Punkt offenbart die aktuelle Misere den tatsächlichen Schwachpunkt der FDP. Denn neben Westerwelle haben sich in der Partei in den zurückliegenden zehn Jahren nur wenige wirklich profiliert. Zu wenige ganz offensichtlich, als dass die One-Man-Show Westerwelle zu guter letzt erfolgreich in der politischen Realität ankommen konnte. Will die liberale Lichtgestalt nicht binnen kürzester Zeit verlöschen, muss schleunigst eine Änderung im System her – im eigenen System.

Das bedeutet: Die FDP muss in ihrer Außendarstellung auf viel mehr Köpfe setzen. Und der Partei muss es auch gelingen, auf allen Politikfeldern Ernst zu nehmende Positionen anzubieten. Misslingt das, wird Westerwelle nicht zu halten sein. Nicht als FDP-Vorsitzender, nicht als Außenminister, nicht als Vizekanzler.

Ihre Meinung zum Kommentar. Schreiben Sie an: holger.knoefert@pzz-news.de

Arm in einem reichen Land

Bei 801 Euro beginnt es: Vor allem Erwerbslose sowie Alleinerziehende und ihre Kinder betroffen

BERLIN. Immer mehr Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht. Rund 14,6 Prozent aller Bundesbürger zwischen Flensburg und Füssen galten 2009 als armutsgefährdet. 0,2 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

PZ-KORRESPONDENTIN
IRA SCHAIBLE

Für die alleinerziehende Berliner Verkäuferin, die im Schichtdienst auch mal bis 22 Uhr arbeitet, reicht es hinten und vorne nicht. „Der Teilzeitjob sichert zwar einigermaßen ihre Existenz, ihr Kind kann sie damit aber nicht optimal versorgen“, berichtet Peggy Liebisch vom Verband Alleinerziehender Mütter und Väter. „Die Altersarmut ist auch schon vor-

programmiert.“ Alleinerziehende und ihre Kinder sind in Deutschland nach Erwerbslosen besonders stark von Armut bedroht, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte. Forscher warnen vor den Folgen für die Heranwachsenden und die Gesellschaft.

Mehr als die Hälfte der Erwerbslosen und jede zweite bis dritte Alleinerziehende sind dem Armutsrisiko ausgesetzt, weil das Geld, das sie zum Leben haben, weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung ausmacht. Nach dieser Definition gilt insgesamt fast jeder siebte Bundesbürger zwischen Kiel und Konstanz, Kaiserslautern und Köthen als armutsgefährdet, im Osten sogar nahezu jeder Fünfte. Am geringsten ist die Gefahr, arm zu werden, noch in Bayern und Baden-Württemberg (je elf Prozent). „Vor allem die verfestigte Armut von Menschen steigt beachtlich“, sagt der Armutsforscher Prof. Ernst-Ulrich Huster. „Und die Reichen werden immer reicher.“ Der Bochumer Politikwissenschaftler warnt vor erheblichen Auswirkungen von Armut auf Bildung und Gesundheit der Gesellschaft. „Wir investieren zu wenig in unsere relevanten Rohstoffe: die Kinder und Jugendlichen.“

Für die vorschulische Erziehung – gerade für Kinder aus armen Familien – müsse viel mehr und gezielter



haben zu wenig Bildung, zu wenig Integration, zu wenig Freunde und zu wenig Möglichkeiten dies zu kompensieren“, sagt der Wissenschaftler. „Diese Kinder sind irgendwann nicht mehr fähig, in dieser Gesellschaft Fuß zu fassen.“

Alt warnt: „Wir reproduzieren eine Armutsgruppe, die sich nicht aus diesem Armuts-schlamassel rausziehen kann.“

Der Kölner Armutsforscher Christoph Butterwege

sieht eine erodierende Mittelschicht, die sich vor dem sozialen Absturz fürchtet, und irrational reagieren könne. Fast ein Drittel aller Beschäftigten verdienen nur noch zwei Drittel des Durchschnittseinkommens und mehr als 40 Prozent der alleinerziehenden Frauen bezögen Hartz IV, sagt der Politologe.

Vor allem Alleinerziehende seien – wie die Berliner Verkäuferin – auf Nebenjobs angewiesen, beschreibt Andreas Klocke vom Frankfurter Forschungszentrum Demografischer Wandel das Dilemma. Diese Jobs brächten dazu noch wenig Geld ein. Eine wesentliche Ursache sieht der Wissenschaftler in der Lohnentwicklung in Deutschland, die in den vergangenen Jahren im Durchschnitt deutlich schwächer ausgefallen sei als in den anderen europäischen Ländern. „Mit einem Einkommen kommt eine Familie heute nicht mehr gut klar. Sie braucht mindestens 1,5 Gehälter.“

getan werden, fordert Huster. Dabei seien gut geschulte Kunst-, Musik- und Motopädagogen (Bewegungspädagogen) wesentlich. „Es nützt niemandem, wenn jemand, der als Schülerin selbst unportlich war, mit den Kindern Purzelbäume macht.“ Eine Chipkarte allein, wie von Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorgeschlagen, motiviere Kinder nicht, sich zu bewegen. „Aber von einem ganztägigen Angebot mit kostenloser Ernährung sind wir meilenweit entfernt.“

Armen Kindern droht nach Einschätzung von Christian Alt vom Deutschen Jugendinstitut in München das Risiko, aus der Gesellschaft herauskatapultiert zu werden. „Sie

ZUM THEMA

Wie wird das Armutsrisiko berechnet?

Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung in ganz Deutschland zum Leben hat, gilt als armutsgefährdet. Das sind für einen Alleinstehenden 801 Euro und für eine Familie mit zwei Kindern 1683 Euro, wie die Statistiker errechnen haben. Für die Berechnung nutzt das Statistische Bundesamt die Daten des Mikrozensus – der größten Haushaltsbefragung in Europa. Dabei wird jedes Jahr ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland nach dem gesamten Haushaltseinkommen, also inklusive Sozialleistungen, Kindergeld und Mietentnahmen gefragt. Für die einzelnen Bundesländer gibt es darüber hinaus Berechnungen, die sich auf das mittlere Einkommen in dem Land oder der Region beziehen. dpa

Appell an Sarrazin

Bundesbanker und Buchautor soll SPD verlassen

BERLIN. Mit verstärktem Druck will die SPD den Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin zum Parteiaustritt bewegen. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller, hielt dem früheren Berliner Finanzsenator in einem Schreiben vor, sich mit seinen Positionen zur Ausländerintegration von sozialdemokratischer Integrationspolitik und von sozialdemokratischer Politik insgesamt zu entfernen. Er solle die Partei verlassen. Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte Sarrazin bereits den Parteiaustritt nahegelegt. Die Berliner SPD-Bundestagsabge-

ordnete Mechthild Rawert rief für Montag zu einer Protestkundgebung des Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen“ in der Hauptstadt auf. Dort wollen der Bundesbanker und sein Verlag das Buch vorstellen, an dem sich die aktuelle Kritik entzündet. Darin warnt der Bundesbanker davor, dass die Deutschen zu „Fremden im eigenen Land“ werden könnten. Der Pforzheimer Grünen-Bundestagsabgeordnete Memet Kilic forderte: „Sarrazin lernt nicht aus seinen Fehlern. Die SPD sollte die Konsequenzen ziehen und ihn endlich aus der Partei ausschließen.“ dpa/pm

Grüne auf Rekordhoch

ZDF-Politbarometer sieht Union bei 33 Prozent

MAINZ/BERLIN. Die schwarz-gelbe Koalition ist nach der Sommerpause mit unvermindert mauen Umfragewerten gestartet. Für die Grünen geht es dagegen weiter aufwärts, wie das ZDF-„Politbarometer“ zeigt. 59 Prozent der von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen befragten Bürger halten den Vorwurf für berechtigt, dass Kanzlerin Angela Merkel (CDU) den Kurs in der Bundesregierung zu wenig vorgibt. Auch 40 Prozent der CDU/CSU-Anhänger und 46 Prozent der FDP-Anhänger teilen diese Kritik an der Kanzlerin. Wenn am Sonntag Bundestagswahl

wäre, würden CDU/CSU nach der Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unverändert 33 Prozent erhalten, die FDP bliebe bei fünf Prozent. Die SPD würde wieder etwas von ihrem zwischenzeitlichen Gewinn verlieren und käme auf 31 Prozent (minus 1), die Linke auf zehn Prozent (unverändert). Die Grünen hingegen würden um einen Prozentpunkt auf 16 Prozent zulegen. Das sei der höchste Wert, den die Grünen bisher im „Politbarometer“ erreicht hätten, teilte das ZDF mit. dpa

KOMMENTAR

PRO

Baustopp für Stuttgart 21?

Stuttgart 21 hat ein Problem, ja, nicht nur eines: Es ist zu teuer, es ist in vieler Hinsicht kontraproduktiv – und es ist unbeliebt. Mindestens letzteres ist auch ein Problem der Landesregierung. Das sollte Ministerpräsident Stefan Mappus spätestens in der zurückliegenden Woche klar geworden sein: Das Projekt wird von vielen Menschen als politischer Willkürakt empfunden. Zunehmend wird deutlich, dass es auf ‚Teufel komm‘ raus durchgedrückt wurde. Bedenken wurden dagegen konsequent beiseite geschoben, Bürgerbegehren ignoriert, einfach weil man (die Stadt Stuttgart) rechtlich nicht dazu verpflichtet war, sie ernst zu nehmen. All das



Angelika Wohlfrom
PZ-Redakteurin

„Die Schwaben fühlen sich auf gut Deutsch verarscht“

treibt. Sonst könnte es nämlich sein, dass sich das Wahlvolk bei nächster Gelegenheit rächt, wie bei der letzten Stuttgarter Kommunalwahl schon geschehen. Nächstes Jahr jedenfalls wird in Baden-Württemberg gewählt. Also, Herr Mappus, wann wenn nicht jetzt sollte man diesen Unsinn noch stoppen?

rächt sich gerade. Die Schwaben fühlen sich auf gut Deutsch verarscht. Schon klar: Allen wird man es nie recht machen können. In einer Demokratie aber sollten sich die Regierenden zumindest mit dem auseinandersetzen, was ihr Wahlvolk umder zurückliegenden Woche klar geworden sein: Das Projekt wird von vielen Menschen als politischer Willkürakt empfunden. Zunehmend wird deutlich, dass es auf ‚Teufel komm‘ raus durchgedrückt wurde. Bedenken wurden dagegen konsequent beiseite geschoben, Bürgerbegehren ignoriert, einfach weil man (die Stadt Stuttgart) rechtlich nicht dazu verpflichtet war, sie ernst zu nehmen. All das

treibt. Sonst könnte es nämlich sein, dass sich das Wahlvolk bei nächster Gelegenheit rächt, wie bei der letzten Stuttgarter Kommunalwahl schon geschehen. Nächstes Jahr jedenfalls wird in Baden-Württemberg gewählt. Also, Herr Mappus, wann wenn nicht jetzt sollte man diesen Unsinn noch stoppen?

Stimmen Sie ab unter www.pz-news.de. Die Furcht vor Google Street View hielten vergangene Woche 58 Prozent der Leser für unbegründet.

KONTRA



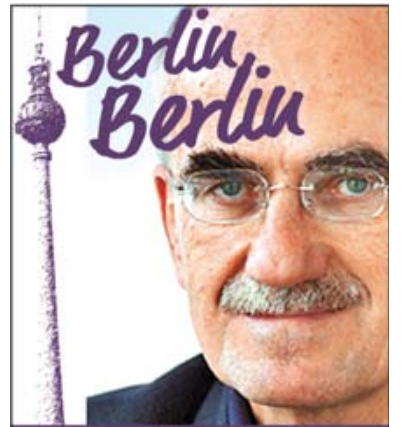
Magnus Schlecht
PZ-Redakteur

„Heute wird es bekämpft, morgen als ganz toll empfunden“

Land profitieren wird. Nicht zuletzt ist es eines von jenen Projekten, die erst mal bekämpft und dann irgendwann als ganz toll angesehen werden. Bei der ICE-Schnellbahntrasse ganz in unserer Nähe zwischen Stuttgart und Mannheim war es genauso. Erst wurde sie im Stromberg bekämpft, heute will man gar nicht mehr darauf verzichten – auch viele Gegner von damals nicht.

hässliche Vorläufer der Nazi-Architektur“, wies der frühere Fernsehmoderator Ulrich Kienzle in der PZ aus. Mir nicht! Tradition hin oder her. Außerdem: Stuttgart 21 ist ein Projekt, von dem nicht nur die Landeshauptstadt, sondern das ganze

Land profitieren wird. Nicht zuletzt ist es eines von jenen Projekten, die erst mal bekämpft und dann irgendwann als ganz toll angesehen werden. Bei der ICE-Schnellbahntrasse ganz in unserer Nähe zwischen Stuttgart und Mannheim war es genauso. Erst wurde sie im Stromberg bekämpft, heute will man gar nicht mehr darauf verzichten – auch viele Gegner von damals nicht.



Hans Peter Schütz

Mutterwerden ist schön, Mutter sein zuweilen schwer. Vor allem für Mütter, die im Bundestag sitzen. Niemand weiß es besser als die FDP-Abgeordnete Judith Skudelny, 34, aus Leinfelden-Echterdingen. Sie durfte als erste Jung-Mutter ihr vier Monate altes Baby mit ins Plenum mitnehmen, ausgerechnet bei der 1. Sitzung des neuen Bundestags im Oktober 2009. Was damals als fortschrittliche Regelung galt, erweist sich jetzt als eher kleinkarierte bürokratische Formalie. Auf Anfrage der „Pforzheimer Zeitung“ erklärte die Bundestagsverwaltung, nur „in Ausnahmefällen können Abgeordnete Kleinkinder mitnehmen“. Etwa bei Abstimmungen. Aber stets sei Absprache mit dem Sitzungspräsidenten Pflicht. Skudelny erinnert sich auch, dass bei ihrer Baby-Premiere viele Kollegen ihr Kind tätschelten. Hinter ihrem Rücken gab es aber auch viel Getuschel. „Muss man wegen eines Babys so einen Zirkus machen“, nörgelten einige Kollegen. Pech für sie, dass ein Skudelny-Mitarbeiter das mithörte.

Immer noch Ärger wegen Günther Oettingers (Foto) Fehlzeiten in Brüssel. Dass der deutsche EU-Kommissar, zuständig für Energiefragen, am 20. Juli bei der Sitzung fehlte, auf der ein deutscher



Antrag auf Verlängerung der Steinkohle-Subventionierung bis 2018 abgescmettert wurde, hat sogar Kanzlerin Angela Merkel geärgert. Jetzt stellte sich heraus, dass bei der entscheidenden Vorbesprechung am 2. Juli auch niemand aus Oettingers Team dabei war. Gefehlt hat er auch am 6. Juli bei der vorbereitenden Kommissionssitzung. Da weilte er in China und hielt einen Vortrag über Windräder. Rolf Hempelmann, energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion aus NRW: „Wenn es um 10 000 Arbeitsplätze in der Steinkohle geht, sollte ein deutscher Kommissar deutsche Interessen vertreten und als absolutes Minimum wenigstens an den Sitzungen teilnehmen.“

Noch wehrt SPD-Chef Sigmar Gabriel alle Fragen ab, ob er 2013 als Kanzlerkandidat antreten werde. Fragen sei ja nicht strafbar, antwortet er dann. Aber hören werde man von ihm drei Jahre zuvor dazu nichts. Doch wird in der SPD schon flott geschertzt über den Kanzlerkandidaten Gabriel. Er könne ja mit dem Slogan antreten „Siggi wählen.“ Das werde dann an 1972 erinnern, wo Willy Brandt mit „Willy wählen“ siegte. Noch ziert sich Gabriel: „Das möge der Herrgott verhindern.“ Und lacht fröhlich dabei.